

Schluss mit der Chaos-Politik des Bundesrats

Wider jede bessere Erkenntnis haben die bürgerlichen Parteien und der Bundesrat unter dem Druck der Banken das Bankgeheimnis auch für internationale Steuerhinterzieher jahrzehntelang verteidigt. Die internationale Staatengemeinschaft nimmt das nicht länger hin. Die chaotischen Reaktionen des Bundesrats und das Festhalten an der verfehlten Politik gefährden zunehmend den Werkplatz und die Arbeitsplätze in der Schweiz.

Der Druck auf die Schweiz steigt. Die Schlagzeilen der jüngsten Ereignisse zeigen die chaotische Entwicklung.

- Ein vorläufiges Urteil des Bundesverwaltungsgerichts qualifiziert die vom Bundesrat tolerierte Auslieferung von UBS-Kundendaten an die USA durch die Finma im Nachhinein als illegal.
- Dasselbe Gericht taxiert das Abkommen des Bundesrats mit den USA, mit dem bei 4450 UBS-Kunden auch beim Verdacht auf schwere Steuerhinterziehung Amtshilfe gewährt werden soll, als rechtlich nicht haltbar. Eine Nachbesserung durch das Parlament wird wahrscheinlich.
- Gestohlene Bank-Daten von ausländischen Kunden bringen die Schweiz zusätzlich in Bedrängnis.

Jeder Auftritt des Bundesrats vernebelt mehr als er klärt: Eine neue Sprachregelung jagt die andere. Bundesrat Merz ändert seine Position im Monatsrhythmus. Eine Strategie des Bundesrats ist nicht erkennbar. Dabei liegt die nötige Politikänderung auf der Hand. Schweiz muss international in die Offensive gehen. Alle Steuerhinterziehungsoasen müssen international gleichzeitig trockengelegt werden. Als Handlungsoptionen liegen auf dem Tisch:

- Es braucht einen automatischen Informationsaustausch, bei dem alle Staaten gleichzeitig mitmachen. Das verhindert in Zukunft neue Steuerbetrügereien. Dazu braucht es eine multilaterale Regelung, zu der alle Staaten Zugang haben.
- Jede Lösung muss den Interessen der Länder der Dritten Welt Rechnung tragen. Als Übergangsregelung wäre allenfalls eine umfassende Abgeltungssteuer solange denkbar, bis die nationalen Informationssysteme aufgebaut sind.
- Mit einer Übergangslösung müssen die hinterzogenen Vermögen der Besteuerung zugeführt werden.

Die Schweiz braucht eine Weissgeldstrategie für einen effizienten Finanzplatz ohne Steuerhinterziehungsgelder. Wann erkennt dies endlich der Bundesrat? Die nötige PUK kann hier Beschleunigung bringen. Parallel dazu muss das Gefährdungspotential der beiden Grossbanken für die Schweizer Volkswirtschaft endlich beseitigt werden.

Susanne Leutenegger Oberholzer*

*Susanne Leutenegger Oberholzer ist SP-Nationalrätin und Vorstandsmitglied der AFP